

14.03.2023 14:03 Uhr

Grundschul-Vater siegt vor Gericht im Streit um Feriendorf Langebrück

Der umstrittene Betreiber des Feriendorfs Langebrück hat einen Vater aufgrund einer abgesagten Feier wegen Verleumdung verklagt. Das Dresdner Landgericht hat jetzt dazu geurteilt.



Aufgrund einer Mail von Thomas Meyer-Ross wurde eine Abschlussfeier im Feriendorf Langebrück verhindert.

Von Andreas Weller

2 Min. Lesedauer

Dresden. Die Eltern einer vierten Klasse der Grundschule Langebrück haben eine gebuchte Abschlussfeier im Feriendorf Langebrück storniert, nachdem ein Vater diese per Mail über mutmaßlich kriminelle Äußerungen und asylfeindliche Aktivitäten des Betreibers Nicos Chawales in Kenntnis gesetzt hatte.

Chawales hat diese Mail zugespielt bekommen und den Vater verklagt – er will eine Unterlassung und 15.000 Euro Schmerzensgeld. Richterin Heike Kremz hatte zunächst eine gütliche Einigung versucht. Da die Beteiligten das nicht wollten, hat die Richterin nun entschieden.

Worum es bei dem Streit im Feriendorf geht

Die Angelegenheit hatte im Juli 2021 ihren Anfang genommen. Kurz bevor die Feier stattfinden sollte, [informierte Vater Thomas Meyer-Ross andere Eltern, weil er einen Hinweis zu Chawales bekommen und darauf selbst recherchiert](#) hatte. Meyer-Ross habe Informationen, "dass der Betreiber des Langebrücker Feriendorfes Positionen vertritt, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unserer Gesellschaft sowie

dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule nicht vereinbar sind".

Er werde [aufgrund seiner kriminellen Äußerungen als "Gefährder"](#) in den entsprechenden Polizeistatistiken geführt. Meyer-Ross bat, den Ort für die Abschlussfeier der Kinder zu überdenken und forderte die anderen Eltern auf: "Ihr findet im Internet entsprechende Videos und Artikel, bitte verschafft euch selbst ein Bild durch eigene Recherchen."

Tatsächlich ist Chawales mehrfach im Umfeld Asyl-feindlicher Initiativen aufgetreten und hat Demonstrationen zum Teil selbst organisiert. Die Feier der Grundschüler wurde storniert und Chawales klagte aufgrund der Mail gegen Meyer-Ross. Kernaussage: Die Aussagen des Vaters stimmen nicht und schaden dem Feriendorf, dessen Geschäftsführer Chawales ist. Er beklagt seitdem auch mehrere Absagen von gebuchten Veranstaltungen im Feriendorf Langebrück. Es handle sich um Verleumdung, deshalb fordert er eine Unterlassung und ein hohes Schmerzensgeld.

Wie das Dresdner Gericht geurteilt hat

Jetzt hat Richterin Kremz entschieden. "Ich weise die Klage ab. Die Aussage "Gefährder" ist eine Tatsachenbehauptung." Da Sächsische.de darüber berichtet hat, könne Meyer-Ross dies auch verwenden, zumal Chawales nicht dagegen vorgegangen sei. "Die anderen Aussagen sind Meinungsäußerungen des Beklagten", begründet die Richterin weiter. "Somit gibt es auch keinen Anlass, dem Kläger ein Schmerzensgeld zuzusprechen, dieser trägt die Kosten des Verfahrens."

Meyer-Ross ist erleichtert, als er von der Entscheidung erfährt. "Mir fällt ein Stein vom Herzen. Es war für mich ja auch die Frage, ob ich zitieren darf, was in der Zeitung stand. Diese Entscheidung bestärkt mich."

Chawales dagegen ist nicht zufrieden mit dem Urteil. "Das sollen nun die Juristen prüfen. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, geht es in Berufung." Dann würden sich Richter vom Oberlandesgericht mit dem Fall erneut beschäftigen müssen.

"Dem sehe ich relativ gelassen entgegen", so Meyer-Ross. "Das Landgericht hat ja bereits meine Auffassung bestätigt. Herr Chawales wirft mir vor, die betreffende Mail an etwa 20 andere Eltern geschickt und ihn damit verleumdet zu haben. Mit seiner Klage gegen mich hat er eine viel größere Öffentlichkeit erwirkt."